

## SPIEGEL *Titel*

### „IG Metall - ein angeschlagener Dinosaurier“

**Knüppel flogen. Die Polizei verhaftete Rädelsführer. Spontane Streiks in der Metallindustrie, bei denen zum erstenmal türkische Gastarbeiter eine führende Rolle**

**spielten, endeten mit Prügeleien. Fast alle Streiker erkämpften sich Zulagen. Der Erfolg gefährdet Bonns Stabilisierungspolitik und die traditionelle Lohnstrategie.**

Ein halbes Tausend Arbeiter zog vor der Halle G der Kölner Ford-Werke mit Gebrüll auf. „Wir wollen arbeiten, wir wollen Polizeischutz.“

Der Ruf nach Arbeit und Polizei — nach fast vier Tagen Streik — galt am vergangenen Donnerstag einer letzten Truppe von 300 Durchhalte-Streikern, die sich am Tor 3 formiert hatte.

Der Wunsch ging augenblicklich in Erfüllung, denn urplötzlich rekrutierte sich aus einzeln herumschleudernden Gruppen eine schlagkräftige kleine Truppe von Polizisten und pickte sich aus dem streikenden Rest — bunt gemischt Türken und Deutsche — die Rädels-, zumindest Wortführer heraus.

Bei der Sistierung halfen Betriebsangehörige, überwiegend Obermeister und Meister, aber auch Betriebsratsmitglieder und Vertrauensleute der IG Metall — „unter vorbildlichem körperlichen Einsatz“, lobte später Horst Bergemann, im Ford-Vorstand zuständig für Personal. Die Knüppel flogen, Kinnhaken wurden reichlich verteilt.

Gewaltsam endeten vier tolle Tage in Köln, rund 20 Streiker wurden vorübergehend festgenommen, ebenso der Sprecher der streikenden Türken, Baha Targyn, dessen Anhang den Streik aufgelöst hatte und ihn nicht beenden wollte. Am Freitag entließ Ford 35 Anführer des Ausstands fristlos.

Auf der 14 Tage währenden Streik-Szene in mindestens 80 westdeutschen Unternehmen spielten Gastarbeiter, vor allem Türken, erstmals eine zuweilen bestimmende Rolle. Aber auch ihre einheimischen Kollegen, seit je für ihre Disziplin bekannt, haben den Tugendballast abgeworfen.

Rund 122 000 Lohnempfänger praktizierten in den vergangenen vier Mona-



**Prügelnde Streiker bei Ford: „Wir wollen arbeiten, wir wollen Polizeischutz“**

ten eine Form des Streiks, die sogar in der offiziellen Sprache des Bundesarbeitsgerichts als „wild“ disqualifiziert wird: Ausstände zu Zeiten bestehender Tarifverträge, ohne Urabstimmung und Einhaltung der Friedenspflicht.

Bestürzt hatte Kanzler Willy Brandt in der vorletzten Woche mit ansehen müssen, wie über Deutschlands Bildschirmen eine Totalshow der wilden Streiks abgelaufen war. Als auch noch auf einer Graphik peinlich genau nach Feldherrenart die Streikfront nachge-

zeichnet wurde, die sich langsam von Nordrhein-Westfalen bis ins hessische Lollar dehnte, mochte der gelernte Journalist nicht mehr tatenlos zusehen: „Das ist ja wie mit Vietnam.“

Im vertrauten Kreis schimpfte der Kanzler: „Früher mußten Revolutionäre Briefe schreiben und Porto bezahlen, heute nimmt ihnen das Fernsehen alles ab!“ Umgehend beauftragte er seinen Staatssekretär Günter Gaus, früher Programmleiter beim Südwestfunk, die ehemaligen Kollegen in den Fernseh-

stalten im Interesse von Volk und Staat um Mäßigung zu bitten.

Den am Montagabend im Kanzler-Bungalow versammelten Spitzenfunktionären der Metall-Industriellen erläuterte er seine Programmwünsche: „Das ist wie bei den Studentenunruhen 1968. Da genügt es, wenn ein Prozent oder sogar noch viel weniger etwas in Gang setzen. Dann läuft das. Die wissen nicht nur, daß es irgendwo Rabatz gab, sondern sie kennen auch die Parolen.“ Die Folge: „Dann kommen auch sonst ruhige Arbeiter zum Betriebsrat und sagen ‚ihr seid wohl Armlauchter‘.“

Die Kämpfe begannen ohne aktive Hilfe der Gewerkschaften, durchweg sogar gegen den Willen der Gewerkschafts-Vorstände und der amtierenden Betriebsräte. Vielfach verlief die Front nicht zwischen Arbeitnehmern und Un-

mit sieben bis acht Prozent schnell laufende Inflation als Betrug empfinden. „Wir können außer Essen nichts kaufen“, erklärte ein türkischer Ford-Arbeiter, sein deutscher Kollege fügte hinzu: „Wir müssen Überstunden machen, um über die Runden zu kommen.“

In einem ihrer Wochenberichte schrieb das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin: „Die zum Jahresbeginn vereinbarten Lohnverbesserungen machen nach Berücksichtigung der progressiven Abgabenbelastung den durch Preisauftrieb verursachten Kaufkraftverlust nicht mehr wett.“

Die Streiks, mit denen die Arbeiter nun den Wettlauf doch noch zu gewinnen suchen, schreckte Unternehmer, Gewerkschaften und die Bonner Koalition gleichermaßen. Denn die gestiege-

schaften eine Verlagerung der Tarifpolitik in die Betriebe aufzwingen und somit die Organisationen schwächen.

Um den Genossen von den Gewerkschaften zu helfen, riet der Kanzler den Arbeitgebern zu jenem Treffen, das die Tarifparteien am vergangenen Freitag in Krefeld abhielten. Bei seinen Gesprächen mit den Unternehmern warnte er: „Wenn Sie, meine Herren, sagen, Sie seien in einer schlechten Lage, dann sage ich Ihnen, Ihr Partner von der IG Metall ist in einer noch schlechteren. Die IG Metall ist ein angeschlagener Dinosaurier.“

Zu einer Gegenleistung für die Gesprächsbereitschaft der Arbeitgeber wollten sich die Bonner jedoch nicht drängen lassen. Als Gesamtmetall-Vizevorsitzender Horst Knapp darum anfragte („Wie stellen Sie sich das vor, Herr Bundeskanzler, das gibt Erhöhungen, das hat doch Folgen“), konterte Wirtschaftsminister Hans Friderichs: „Sie wollen wohl einen Persilschein? Die Verantwortung können wir Ihnen nicht nehmen.“ Und Arbeitsminister Walter Arendt erläuterte, was der Kanzler und sein Kabinett sich von den erbetenen Verhandlungen versprechen. Arendt: „Es kommt darauf an, die Tarifautonomie zu stärken. Wenn das so weitergeht, werden doch die Tarifparteien in eine schwierige Lage kommen.“



Minister Friderichs (2. v. l.), Arbeitgeber: „Sie wollen wohl einen Persilschein“

ternehmensleitungen, sondern zwischen Arbeitern und den von ihnen gewählten Vertretern in Betriebsrats- und Gewerkschaftsbüros.

„Suchen Sie sich einen Betrieb in der Bundesrepublik, der das getan hat, was in diesem Hause getan worden ist“, rief ein Sprecher bei einer Opel-Betriebsversammlung in Bochum. So sprach nicht der Vertreter des Opel-Vorstands, der seine Verdienste rühmen wollte, sondern der Betriebsratsvorsitzende Günter Perschke, SPD-Mitglied und IG-Metall-Funktionär, den die Kollegen in Rüsselsheim und Bochum niederbrüllten oder mit schweigender Verachtung strafte, weil Perschke versucht hatte, die Streikenden auf begrenzte Ziele festzulegen.

In die groteske Position dessen, der mit beiden Beinen im falschen Lager steht, ist die Industriegewerkschaft Metall gekommen, weil sie einen Tarifvertrag einhalten muß, den sie Anfang Januar mit einjähriger Laufzeit abgeschlossen hat: 8,5 Prozent Lohnzuwachs, den die Arbeiter angesichts einer

ne Kampfbereitschaft in den Betrieben, die der Kanzler wie der DGB-Vorsitzende Vetter abzuwiegeln suchten, gefährdet die traditionelle Lohnpolitik der Gewerkschaften und den Erfolg der Bonner Stabilisierungspolitik.

Beim Bundeskonzern Salzgitter AG beschwor Willy Brandt die Arbeiter, die Tarifpolitik den Organisationen zu überlassen: „Wer die Gewerkschaften schwächt, schwächt die Solidarität der Arbeitnehmer.“ Aus dem Saal leuchtete dem Gast ein Transparent entgegen: „Wir türkischen Arbeitnehmer grüßen den Bundeskanzler.“

Die Konjunkturlenker fürchten, die Lohn-Nachschläge, die von den Streikenden ertrotzt wurden, könnten Preise, deren Auftriebsraten sich eben etwas zu mäßigen beginnen, wieder in die Höhe schnellen lassen — und überdies die Chancen für ein sanftes Herunterfahren des Booms zunichte machen. Der DGB-Vorsitzende argwöhnt noch längerfristigen Schaden: Die spontanen Arbeitskämpfe könnten den Gewerk-

### „Die Metaller sind selbstbewußt genug.“

Streik-Analytiker sagen den diesjährigen Lohnkämpfen, die von den Arbeitern auf eigene Faust ausgetragen werden, mehr Spätfolgen voraus als allen vorausgegangenen. Anders selbst als im September 1969, als zum erstenmal seit Kriegsende eine bedeutende Welle spontaner Streiks ein verändertes, selbstbewußteres Verhalten der Arbeitnehmer signalisierte, kündigte eine bisher stille und stets gefügige Gruppe plötzlich Protestbereitschaft an: die Gastarbeiter, die in einigen Betrieben sogar die Vorreiter machten und den Streik am Ende noch um Tage verlängerten. Hinter den Protesten der Arbeiter, die sich vor dem Preisanstieg retten wollen, vermuteten Konservative und auch einige Unternehmer die heimliche Hand von Kommunisten, Anarchisten und Juso-Revoluzzern, die auf der Flamme des Unmuts „ihr Süppchen kochen wollen“ (CDU-Parteivorsitzender Helmut Kohl).

Manfred Bicker, Geschäftsführer der gleichfalls bestreikten Autozubehörfirma Pierburg in Neuß, stellte kategorisch fest, der „Ausstand geht auf äußere Einflüsse zurück. Linksextremistische Gruppen heizten den Streik an“. Das „Handelsblatt“ entdeckte Streiker, „nachweislich aufgehetzt durch mit Megaphonen bewaffnete Provokateure von draußen“.

Neben Angehörigen der KPD/ML, den sogenannten Maoten, suchten Anarchisten (Chaoten) und werksfremde Agitatoren den Streik für ihre politischen Ziele zu nutzen. Aber in keinem Unternehmen konnten Betriebsräte oder Vorstände stichhaltig beweisen, daß die Streiks unterblieben wären, wenn linke Agitatoren nicht aufgetreten wären. Die „Welt der Arbeit“, die Wochenzeitung des DGB, schrieb: „Anstöße von außen waren dazu nicht vonnöten.“ Und IG-Metall-Vorsitzender Eugen Loderer glaubt: „Die Metalller sind selbstbewußt genug, sich nicht beeinflussen zu lassen.“

Die Unruhe war bereits im Januar programmiert worden, als die Große Tarifkommission der IG Metall den Kollegen ihren Abschluß zur Urabstimmung vorlegte. Die Tariffunktionäre hatten damals die ursprünglich in den Betrieben gewünschte Forderung von 16 Prozent mit Rücksicht auf den Stabilitätskurs der Regierung Brandt auf elf Prozent reduziert und sich schließlich bei 8,5 Prozent geeinigt.

In den folgenden Urabstimmungen der organisierten Metalller brachte die Gewerkschaft ihren Abschluß nur mit ganz ungewöhnlich dünner Mehrheit durch. In Nordrhein-Westfalen etwa lehnte die Hälfte der organisierten Stahlarbeiter den Vertrag ab, in vielen Großbetrieben erreichte die Nein-Quote über 70 Prozent (der Vorschlag gilt als abgelehnt, wenn mehr als Dreiviertel der Stimmberechtigten gegen die Vorlage votieren).

Schon in den folgenden Wochen bekamen die Metallfunktionäre die Stimmung in den Betrieben zu spüren. Im Februar streikten 15 000 Arbeitnehmer bei Hoesch gegen hohe Preise und für betriebliche Zulagen. Kurzfristig traten 10 000 VW-Arbeiter in verschiedenen Werken, 6000 bei Klöckner in Bremen



Schlägereien mit Türken bei Ford: „Macht kaputt“

sowie die Belegschaften von 24 Firmen im Raum Mannheim in den Ausstand; erst nachdem die Unternehmen in sogenannten Betriebsvereinbarungen außertarifliche Zuschläge gewährt hatten, legte sich die Unruhe wieder etwas.

Als bei Hoesch und Mannesmann spontan gestreikt wurde, hatte sich der Chef-Metaller Eugen Loderer noch öffentlich von den Kollegen distanziert, weil er die Arbeitsniederlegungen als Verstoß gegen die gebotene Loyalität empfand. Doch mit steigenden Preisen — die Jahresrate wuchs von 6,5 Prozent im Dezember 72 auf 7,9 Prozent im Juni — nahm die Streikbereitschaft von Woche zu Woche zu, und in gleichem Maß schwand der Widerstand der Gewerkschaftszentralen.

Spontane Aktionen schon im Frühsommer blieben vor allem deshalb aus,

weil der Jahresurlaub anstand und viele Unternehmen vorbeugend außertarifliche Extraleistungen zugestanden. So erhöhte etwa Krupp das Weihnachtsgeld von 70 Prozent auf ein volles Monatsgehalt — und zahlte den Zuschlag gleich aus.

Wie niedrig der Tarifabschluß im allgemeinen Ansehen rangierte, bewies die Tatsache, daß kaum ein Metallunternehmen es unterließ, nachträglich Zuschläge zu gewähren, sei es als vorgezogene Urlaubs- oder Weihnachtsgelderhöhung, sei es in Form unmittelbarer Lohnerhöhungen oder durch Änderung des Lohngefüges. Allein Opel gewährte nach der Tarifrunde viermal Nachschlag, insgesamt verdient ein Wechselschichtarbeiter bei Opel in diesem Herbst etwa 120 Mark mehr als vor Jahresfrist; insgesamt rund zehn Prozent.

Der „Wildwuchs auf der Betriebsebene“ (Loderer) — so sehr diese Einzelaktionen wenigstens einen Teil des Inflationsverlustes wettmachten — brachte die IG Metall in einen schwerwiegenden inneren Konflikt.

### „Tarifpolitik ist reine Sisyphusarbeit.“

Die Löhne, die sie nur geringfügig zu erhöhen vermocht hatte, wurden jetzt durch das Zusammenspiel von Unternehmensleitungen und Betriebsräten scheinbar mühelos aufgebessert. Die Folge war ein Anwachsen der sogenannten Lohndrift, des Abstands zwischen Tariflöhnen und höheren Effektivverdiensten. Derzeit überragt der Effektivlohn die Tarifeinkommen in manchen Betrieben der Metallbranche um bis zu 30 Prozent.

„Die Tarifpolitik (der Gewerkschaften) erscheint als reine Sisyphusarbeit“,



Festnahme eines Streikführers: „Die Leute können Eisen fressen“

beschrieb Professor Dr. Josef Schleifstein, Mitglied des DKP-Parteivorstands und Leiter des Instituts für Marxistische Studien, die Nöte der Gewerkschaftsfunktionäre angesichts solcher Tatsachen, „als ein ständiges Hinterherlaufen hinter dem, was ohnehin bereits von den Unternehmen zugestanden wurde.“

Ein hoher Effektivlohn, der durch Betriebsvereinbarungen zustande kam, schwäche, so der Marburger Gewerkschaftskritiker Professor Dr. Eberhard Schmidt, „die Position der Gewerkschaften in den Augen der Lohnabhängigen“ und stärke die Betriebsräte, die deshalb laut Schmidt „in den Tarifkommissionen der Gewerkschaften nicht daran interessiert sein können, Höchstlöhne zu fordern“. Denn: „Damit würden sie ihren eigenen Handlungsspielraum entscheidend verengen.“

Übertarifliche Lohnzugeständnisse der Unternehmen sind keineswegs ein bewußter Affront gegen die Gewerkschaften, sondern ökonomisch durchaus sinnvoll — um die grobgerasterten Tarifverträge, die für viele hundert Unternehmen gleich lauten, den betrieblichen Notwendigkeiten und Möglichkeiten anzupassen. Zudem sind freie Lohnspielräume oberhalb der Tarife den Unternehmen deshalb lieber, weil sie nicht vertraglich abgesichert sind und sich je nach dem Konjunkturverlauf erweitern oder einengen lassen: im Boom rauf, in der Rezession runter.

Außertariflich haben alle Unternehmen im ersten Quartal 1973 durchschnittlich 2,3 Prozent Lohnerhöhungen zugestanden, doch selbst dort, wo weit mehr als der Durchschnitt herauskam, wurden die Zulagen als unzureichend empfunden.

Angesichts der allgemeinen Arbeitnehmer-Stimmung, im Boomjahr 73 besonders ungerecht entlohnt zu werden, wuchs die Bereitschaft, betriebliche Tagesstreitigkeiten mit den Unternehmensleitungen über die Streikschwelle zu bringen.

**„Wenn die einsacken, wollen wir auch.“**

Tatsächlich hatte jeder Ausstand kleine Anlässe. Bei den Buderus'schen Eisenwerken in Lollar bei Gießen murrten die Metaller seit langem über zu niedrige Stundenlöhne: Die Facharbeiter erhielten 7,53 Mark, während andere Betriebe im Raum Gießen 9,25 Mark zahlten. Der Betriebsrat verhandelte seit Monaten ohne Erfolg, ein erster Warnstreik am 24. Juli brachte nichts ein.

Am Donnerstag vorletzter Woche teilte Buderus-Personalchef Georg Ringenberg kategorisch mit, auf einen Kompromiß sei nicht zu hoffen. Als nach der Betriebsversammlung Meldungen über Streiks bei Opel in Bo-

chum umliefen und das Ergebnis — 280 Mark Teuerungszulage für die zweite Jahreshälfte — bekannt wurde, war „die Sache für die Arbeiter klar“ (IG-Metall-Bevollmächtigter Marcel Gimpel). Am nächsten Morgen streikten 200 Arbeiter und verlangten 60 Pfennig mehr Stundenlohn.

Am vergangenen Dienstag endete der Ausstand vorerst ohne Erfolg. Die Betriebsleitung erklärte, zu einer außertariflichen Lohnerhöhung sehe sie keinen Anlaß, zumal eine „schlechte Absatzlage wie nie zuvor“ herrsche. Daß Kommunisten den Streik schürten oder gar



Flugblatt-Aktion bei Opel

anzettelten, behauptete in Lollar niemand.

Aus ähnlich kleinem Anlaß begannen Streiks bei der

▷ Maschinenfabrik Balcke Dürr AG in Ratingen: Ein Nachbarbetrieb hatte am Montag vergangener Woche einen Teuerungszuschlag von 300 Mark gezahlt. Als diese Nachricht umlief, legten 600 Beschäftigte die Arbeit nieder; fünf Stunden später hatten sie 20 Pfennig Stundenlohn mehr.

▷ Bei der Autogerätefabrik Pierburg in Neuß hatte der Betriebsrat schon vor Monaten für 1500 Gastarbeiterinnen die Einstufung in eine höhere Lohngruppe verlangt; ein Streik vor Pfingsten schlug fehl. Als die Geschäftsleitung die Gespräche immer weiter hinauszögerte, stellten die Griechinnen und Türkinnen am Dienstag vorletzter Woche die Arbeit ein. Jetzt zahlt das Unternehmen 200 Mark Sonderzulage sowie zehn Pfennig mehr Stundenlohn.

Anlaß der Streiks bei den Rheinstahl-Werken in Duisburg-Wanheim, Dortmund und Gladbeck, die teilweise zehn Tage andauerten, war ein Bericht in der Bielefelder Lokal-Gazette „Neue Westfälische“. Am Samstag, dem 18. August, hatten dort die Bielefelder Rheinstahl-Werker lesen können, daß alle Unternehmen im Bielefelder Raum



Türkischer Streikführer Targyn



Diskutierender Maoist bei Ford

**Streikagitatoren am Werkstor**  
„Chaoten sind wie Eunuchen“

— außer Rheinstahl — bereits außertarifliche Teuerungszulagen zahlten.

Am Dienstag darauf stand der Zeitungsartikel im Mittelpunkt einer Belegschaftsversammlung. 24 Stunden später wurde gestreikt. Gefordert wurden 60 Pfennig mehr Stundenlohn.

In allen Rheinstahl-Betrieben außer in Bielefeld gelang es der Geschäftsleitung nahezu auf Anhieb, die Ruhe wiederherzustellen: Allein ihr Versprechen, man werde sich bei den beginnenden Tarif-Gesprächen mit den Gewerkschaften für eine bessere Bezahlung einsetzen, führte die streikenden Arbeiter zurück an ihre Plätze.

Nach dem Eindruck eines Managers der Gutehoffnungshütte in Oberhausen (GHH), die gleichfalls für zwei Tage bestreikt wurde, richteten sich die Streiks „nicht nur gegen unsere Geschäftsführung, sondern auch gegen die Gewerkschaften“; sie hätten „Warncharakter“. Über 1000 GHH-Preßwerker und -Apparatebauer ließen zwei

Schichten ausfallen und hockten sich mit Schildern „350 Mark Teuerungszulage“ vor das Verwaltungsgebäude. Als aber bekannt wurde, daß das Bonner Kabinett die Tarifpartner zu sich bat, gingen sie ohne jede finanzielle Zusage der Betriebsleitung wieder an ihre Arbeit.

Ähnlich verlief der Ausstand bei den AEG-Kabelwerken in Duisburg und Mülheim. Am vorletzten Freitag, „nach etwa 15 Minuten“, so Kabel-Vorstand Walter Birkhan, „war alles wieder vorbei“ — ohne irgendwelchen Mehrwert der Arbeitsstunden.

Am Mittwoch vorletzter Woche, kurz nach elf Uhr, hörten die ersten Opel-Arbeiter auf. Der Zeitpunkt war nicht zufällig: „In der Pause von 10.30 bis 11.00 Uhr“, so Clauss, „hatten die Leute noch die Möglichkeit, sich untereinander abzustimmen.“

Am Nachmittag hatten bereits 90 Prozent der rund 7000 Arbeiter der Spätschicht ihre Arbeit niedergelegt. Am folgenden Tag streikten fast alle 16 000 Arbeiter in den beiden Bochumer Opel-Werken. Günter Perschke, Betriebsratsvorsitzender bei Opel in Bochum, hatte zunächst Verständnis für

Den naheliegenden und stets aufkommenden Verdacht, die Streiker seien von Demagogen und Umstürzern für politische Ziele manipuliert und mißbraucht worden, ist vor allem fern den Ereignissen virulent: in der Springer-Presse sowie in den Parteizentralen von CDU und CSU.

In den Betrieben selber wurde politischen Agitatoren kaum Einfluß beigegeben. Weder die Vertrauensleute der Gewerkschaften noch die Beobachter der Unternehmensleitungen haben Radikale als Urheber nachweisen können.

Damit wiederholte sich, was die Analytiker bereits bei den September-Streiks 1969 beobachtet hatten. Eine Studiengruppe der Universität Göttingen ermittelte in betroffenen Betrieben: Mehr als Dreiviertel der Arbeiter lehnt die Verbindung von roter Fahne mit ihrem Streik als ungerechtfertigten Versuch einer Politisierung ab. Auch das von der DKP finanzierte Institut für Marxistische Studien mußte seine Auftraggeber enttäuschen: „Politische Forderungen spielten in keinem Fall eine Rolle.“ Die Masse der Arbeitnehmer hätte eine „deutliche Allergie gegenüber politischen Forderungen“ gezeigt.

Damals hatten Apo-Studiker und akademische Jusos an Streikplätzen ideologischen Dampf machen wollen mit Plakaten: „Es lebe die Solidarität zwischen Arbeitern und sozialistischen Studenten. Kampf dem gemeinsamen Feind, dem Kapital!“ Die Plakat-Phrasen wurden ebenso verlacht wie jene Politologen, die auf dem Werksgelände über Entfremdung und Revolution dozierten.

---

**„In brisanten Situationen treten kleine Volkstribune auf.“**

---

Gewitzt durch die 1969 gemachten Erfahrungen, hielten sich die DKP-Funktionäre in den vergangenen Streiktagen strikt von jeder parteipolitischen Agitation fern. Das Rezept war 1969 im Grundsatzprogramm festgelegt worden: „Wir werden allen Tendenzen zur Spaltung und Schwächung der gewerkschaftlichen Kampfkraft entgegenzutreten.“ Demgemäß agieren sie unter strikter Beobachtung gewerkschaftlicher Loyalität innerhalb des Spielraums, den die Betriebsverfassung bietet. In der Praxis unterscheiden sich DKP-Betriebsfunktionäre von ihren SPD-Kollegen meist nur durch stärkere Aktivität.

Mit dieser Taktik vermeiden die Kommunisten das Risiko, nach wilden Streiks von Unternehmen entlassen und aus den Gewerkschaften gefeuert zu werden, wie es nach früheren Streiks fast stets die Regel war und wie es heute den Maoten der KPD/ML und den Angehörigen ihrer „Revolutionären Gewerkschafts-Opposition“ passiert.

Der Kampf um das Dabeisein brachte der DKP sichtbar Erfolg. So brachte



Radikalen-Vertreibung bei Rheinstahl



KPD-Gruppe in Köln

die Aktion: „Opel hatte 1972 einen Gewinn von 357 Millionen Mark. Ist doch klar, daß unsere Leute dann sagen: Wenn die einsacken, dann wollen wir auch was haben.“

Nach ergebnislosen Gesprächen in Bochum reiste Perschke zweimal nach Rüsselheim, um dort mit dem Vorstand über die Teuerungszulage zu verhandeln. Als Perschke am Dienstag vorletzter Woche abermals ohne Ergebnis aus Rüsselheim zurückkehrte, war der Streik nicht mehr aufzuhalten.

Unter dem massiven Druck der rund 16 000 Streikenden in den beiden Bochumer Opel-Werken erreichte der Betriebsrat dann in Verhandlungen mit Rüsselheim einen Teuerungszuschlag von 280 Mark, unter der Voraussetzung, „daß der Arbeitsfriede im Werk erhalten bleibt“. Ab 1. Januar sollen die Leistungs- und Akkordzulagen um durchschnittlich 15 Pfennig erhöht werden.

Noch am vergangenen Donnerstag hatten die Statthalter der Bochumer General-Motors-Zweigstelle befürchtet, der Ausstand könnte erneut aufflackern. Der Grund: Opel-Chef Alexander A. Cunningham verweigerte den Arbeitern die Bezahlung der Streiktage. Hintergrund: Die US-Manager befürchten, ein bezahlter Streik könnte die Opel-Arbeiter dazu animieren, Forderungen künftig nur noch mit Streiks durchzusetzen. Und als Folge davon, so die Sorge der Automobil-Manager, müßten sie sich dann mit der Belegschaft auseinandersetzen — statt mit der IG Metall.

Am Freitag vorletzter Woche traten bei der Batterie-Fabrik Varta im westfälischen Hagen 200 Arbeiter in den Streik und verlangten eine Erhöhung der Löhne um 150 Mark pro Monat. Am vergangenen Montag waren es dann 800 Streikende. Wenig später aber schon gelang es dem Betriebsrat, die Kollegen wieder an die Fließbänder zu bringen — vorläufig ohne Gewinn für die Batteriewerker.

In der Neuer Vergaserfabrik Pierburg und der Gelsenkirchener Herdfabrik Küppersbusch war die Streikwelle angelauten, bei Opel wuchs sie zur Brandung. Der Sprecher der Opel-Werke, Hellmut-Peter Clauss, erinnert sich: „Wir wurden überrascht.“

es der linientreue Kommunist Peter Jaszcyk bei Opel in Bochum zum stellvertretenden Vorsitzenden der 726 gewählten Vertrauensleute der IG Metall. Der Maote Wolfgang Schaumburg dagegen, ein ehemaliger Religionslehrer, der sich einem Gewerkschaftsbeschuß widersetzt und sich 1972 über eine eigene Liste in den Betriebsrat wählen ließ, mußte sein Mitgliedsbuch der IG Metall abgeben. Seinem Parteifreund Rudi Wischnewski kündigte die Opel AG fristlos, weil er im Betrieb parteipolitisch agiert hatte. Bei Opel beschimpften Kommunisten à la Mao DKP-Mitglieder in der vergangenen Woche als „ausgemacht korrupten Haufen“.

Rund 300 Maoisten sind nach Schätzung des DGB in deutschen Industriebetrieben aktiv. Ihren größten Auftritt haben sie als linker Popanz im „Bayern-Kurier“. Auch dem Kommunistenriecher des ZDF, Gerhard Löwenthal, müssen sie gelegentlich aushelfen.

Unterstützt wurden die Revoluzzer in den Betrieben von Agitationstrupps der Anarchisten. So trafen in der Nacht zum vergangenen Mittwoch mit Bussen aus allen Himmelsrichtungen die Freunde Maos und Chaos in Köln ein. Fords ehemaliger Betriebsratsvorsitzender Günter Tolusch: „In brisanten Situationen treten so kleine Volkstribune auf; die hat man nie gesehen und sieht sie vielleicht nie wieder.“ Und Ford-Betriebsrat Kuckelkern: „Chaoten sind wie Eunuchen, die zwar wissen, was sie wollen, aber nicht wissen, wie sie es machen sollen.“

Bei Ford riefen echauffierte Politessen den streikenden Ford-Werkern über den Zaun zu: „Der Arbeiter kämpft ums Überleben“ und erteten Heiterkeit.

Die dramatische Zuspitzung des Streiks in Köln, der am vorletzten Wochenende zunächst ruhig begann und am vergangenen Donnerstag in Polizeieinsatz und Massenprügeleien gipfelte, wird nur erklärlich durch die besonderen betrieblichen Umstände bei Ford. Unter den 32 000 Arbeitnehmern sind allein 12 000 Türken, die größte geschlossene Gastarbeiter-Gruppe in Deutschland.

### Die Türken gehören zum Subproletariat.

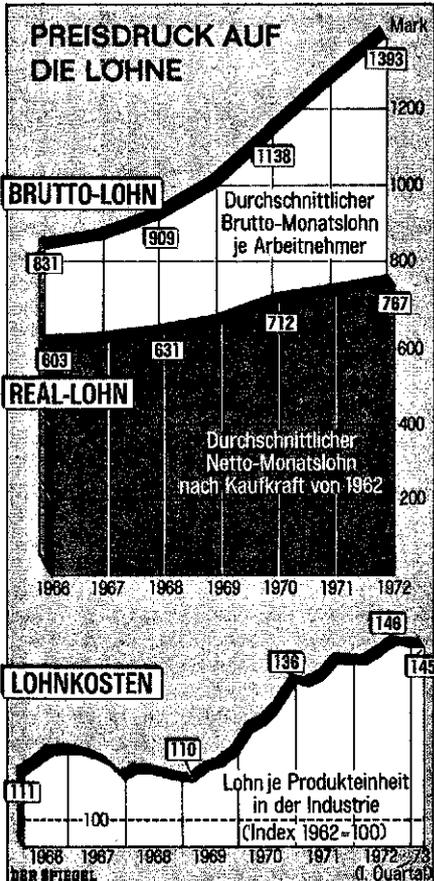
Was Arbeitsbedingungen und Bezahlung anlangt, rangieren die Türken, durchweg Ungelernte und der deutschen Sprache überwiegend nicht mächtig, im unteren Ford-Bereich.

Für die Anatolier, zumeist frühere Landarbeiter und Kleinpächter, brachte der Wechsel zu den öden Produktionsbändern der technischen Gesellschaft ohnehin eine starke psychische Belastung. Hinzu kam, daß an den Kölner Bändern, die zu 90 Prozent von Türken bedient werden, das Gefühl sich aus-

breitete, einem betriebspezifischen Subproletariat zuzugehören.

Die Länge der Beschäftigungsdauer veränderte die Mentalität der Gastarbeiter. Sie empfinden ihre gettohafte Isolierung, sie spüren auch ihre Rolle als dressierte Affen, die für Verrichtungen eingesetzt werden, für die deutsche Kollegen sich zu gut sind. Und sie nutzen zunehmend den Freiheitsspielraum, den ihnen das deutsche Arbeitsrecht bietet.

„Macht kaputt, türkische Leute nix Menschen, wie Tieren“, verriet ein Gast-



arbeiter einem Reporter der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“.

Der Umstand, daß die anatolische Gastarbeiter-Gruppe, von Hause aus an Entbehrungen und Gehorsam gewöhnt, in Köln revoltierte, hängt mit den besonderen Arbeitsbedingungen bei Ford zusammen.

Seit Jahren beklagen sich die Vertrauensleute der Türken über zu schnell laufende Bänder und die ungenügende Zahl sogenannter Springer, die den Arbeitstakt aufrechterhalten, wenn die Bandarbeiter für einige Minuten pausieren müssen.

„Für uns ist das Geld gar nicht mal so wichtig“, berichtete ein Italiener. „der Arbeitsplatz muß menschlicher werden. Wenn einer von uns mal pissen muß, dann muß er ein dutzendmal fragen. Die Leute sind so erbittert, daß sie Eisen fressen könnten.“

Schon lange hatten die Ford-Betriebsräte Verhandlungen über Fließbandgeschwindigkeiten und höhere Springer-Löhne gefordert. Bisher aber war Personal-Chef Horst Bergemann darauf nicht eingegangen.

Während in anderen Ländern mit vergleichbarem sozialem Niveau, etwa in Schweden, die Autowerke mangels williger Arbeitskräfte die Produktion zu humanisieren versuchen, behelfen sich die westdeutschen Unternehmen mit Gastarbeitern, die froh sind, Geld zu verdienen, und dafür fast alles in Kauf nehmen. Auf diese Weise entgingen die westdeutschen Fahrzeugfabriken den etwa in Schwedens Auto-Industrie lange Zeit üblichen Fluktuationsquoten bis zu 50 Prozent der Beschäftigten.

### Im Drahtzaun des Werkes waren 50 Löcher.

Zusätzlich wurde die Stimmung aufgeladen durch Sprachschwierigkeiten. Bei Ford etwa werden Dolmetschertätigkeiten an den Türken-Bändern von Arbeitnehmern ausgeübt, deren deutsche Sprachkenntnisse mangelhaft sind. Der Gastarbeiter-Referent beim IG-Metall-Vorstand, Yilmaz Karahasan, selbst einmal Ford-Arbeiter, erinnert sich, daß etwa ein von Türken vorgetragener Wunsch, „Ich möchte eine andere Arbeit“, vom Übersetzer dem Meister als Arbeitsverweigerung übermittelt wurde, was die sofortige Entlassung des Bittstellers nach sich zog.

Die mangelnde Eignung der Übersetzer führte zu immer neuen Mißbehelligkeiten, zumal die sprachkundigen Türken — um das kleine Privileg als Stimme der Obrigkeit zu bewahren — sich als verlängerter Arm der Meister auführten und vielfach ihre Kollegen schurigelten. Karahasan: „Sie sind die bestgehaßten Leute unter den Türken.“

Trotz häufiger Vorhaltungen der Vertrauensleute mochte sich die Ford-Betriebsleitung nicht dazu durchringen, die Ursachen der gärenden Stimmung zu mildern. Die Türken argwöhnen, die ablehnende Haltung hänge mit dem Umstand zusammen, daß das Werk jederzeit genügend arbeitswilligen Nachschub aus den türkischen Arbeitslosen-Reservoirs schöpfen kann.

Das explosive Gemisch zündete am Freitag vorvergangener Woche, als 500 Türken, die zu spät vom Urlaub zurückgekommen waren, fristlos entlassen wurden. Die pünktlich Erschienenen mußten die Arbeit der Verspäteten übernehmen.

Gegen die Kündigungen der Landsleute streikten zunächst 60 Leute unter Führung des deutschsprachigen Türken Baha Targyn, eines gemäßigten IG-Metallers. Die sechzig zogen durch die Endmontagehalle Y und schwingen ihre Schraubenschlüssel. Bald waren es 2000, am Ende der Schicht 8000. Ford

stoppte die Bänder. 500 Türken, der harte Kern des Streiks, entwickelten ihre Strategie für den Montag.

Agitatoren mit Flüstertüten brachten die Stimmung in Schwung. Um das Werkstor 3 standen Personenwagen mit ortsfremden Kennzeichen, und sie gehörten nach Angaben der Werksleitung rasch herbeigeeilten Linken, die den Ausstand politisieren wollten. Im Drahtzaun des Niehler Werkes waren 50 Löcher.

Die Aufheizer von links bis scharf-links hatten es bei so eingestimmten Gastarbeitern nicht schwer, obwohl die Türken nach übereinstimmender Auskunft aller kundigen Beobachter für politische Radikalität kein Ohr haben. Die Deutschen Dieter Heinert und Frank Kühne, des Türkischen mächtige Hilfsarbeiter mit Abitur, stachelten die Türken mit Polemiken aus der Flüstertüte hoch.

„Ich habe selbst beobachtet“, erinnert sich Ex-Betriebsrat Günter Tolusch, „daß die Sprecher der Türken auf diese Deutschen hören.“ Und: „Sie haben einen beachtlichen IQ.“

Je länger der Ausstand dauerte, desto mehr Agitations-Nachschub der KPD/ML rollte heran. In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch zählten Angehörige des Ford-Krisenstabes in der Nähe des Werksgeländes mindestens zwölf Busse aus linken Universitäts-hochburgen wie Frankfurt, München und Berlin.

Der Aufstand der Türken bei Ford, so resümierte am vergangenen Freitag der Sachverständige Yilmaz Krahasan, sei das Ergebnis von vier Jahren unzumutbarer Bandarbeit, „die nicht spurlos vorübergegangen sind“. Als Streik-Motiv wirkte auch das Bedürfnis der Underdogs, einmal zu zeigen, daß Ford ohne die verachteten Gastarbeiter nicht mehr läuft. Daß die Agitatoren einen günstigen „Nährboden“ fanden, erklärt Karahasan unter anderem auch mit sprachlichen Mißverständnissen. Viele Türken hatten geglaubt, die betriebsfremden Revoluzzer seien Abgesandte der IG Metall.

Die zunehmende Kampfbereitschaft der Gastarbeiter — eine Novität in der deutschen Soziallandschaft — schafft neue Probleme für Arbeitgeber und Gewerkschaften und verstärkt die allgemein wachsende Streiktendenz.

Seit den Septemberstreiks 1969 registrieren Sozialwissenschaftler und Gewerkschafter, „daß die Lohnabhängigen stärker als je zuvor bereit sind, auch ohne ihre Organisationen den Kampf mit den Unternehmern aufzunehmen, wenn die Verhältnisse dies erfordern“ (der Marburger Gewerkschaftskritiker Eberhard Schmidt). Die Bereitschaft zu spontanen Ausständen wuchs vor allem, weil eine jüngere Generation, die nicht mehr zu striktem Gehorsam gegenüber jeder Autorität



**Chemie-Gewerkschafter Vitt**  
„Das geht nicht ohne Zähneklappern“

erzogen wurde, die Mehrheit in den Betrieben stellt, weil in den pluralistischen Gesellschaften auch die Beziehungen zu den Gewerkschaften anonym und statt Klassen betriebliche Ziele vorrangig wurden.

#### Die Unternehmer hielten ihren Konvoi zusammen.

„Vielleicht“, philosophierte der Vorstandsvorsitzende der Balcke Dürr AG, Erich Kaulbach, nach dem spontanen Streik seiner Belegschaft in der vergangenen Woche, „ist auch die vorübergehende Arbeitsniederlegung eine Form des mündigen Bürgers, seine Meinung zu sagen.“

„Die spontanen Streiks“, prophezeite Hans Matthöfer, früher Bildungsexperte der IG Metall, „werden in den nächsten Jahren die Regel, nicht die Ausnahme sein.“ Matthöfer hatte schon



**Metall-Gewerkschafter Loderer**  
„Wildwuchs auf der Betriebsebene“

vor zwei Jahren die Gewerkschaften aufgefordert, „mit Hilfe einer betriebs-nahen Tarifpolitik“ die bisher als wild geltenden betrieblichen Einzelaktionen zu legalisieren. Die Gewerkschaften sollten nach dem Plan des linken SPD-Vorstandsherrn wie bisher Tarifverträge für Wirtschaftsbereiche und bestimmte Regionen abschließen, zugleich aber im Tarifvertrag durch sogenannte Öffnungsklauseln vereinbaren, daß anschließend noch zusätzliche Verhandlungen zwischen betrieblichen Kommissionen und einzelnen Arbeitgebern über weitere Leistungen geführt werden.

Im Gegensatz zu den Lohnzuschlägen, die in den vergangenen Wochen erstreikt oder freiwillig gewährt wurden, wären derartige Abkommen rechtlich abgesichert und nicht jederzeit einseitig kündbar. Die Gewerkschaft hätte in den Augen der Arbeitnehmer ihre Funktion als Tarifpartner wahrgenommen — wenn auch stärker durch ihre betrieblichen Vertrauensleute als durch ihre Funktionäre aus den Zentralen.

Schon 1970 hatte die IG Chemie versucht, in neun hessischen Großbetrieben Kontrakte zu erkämpfen. Das Experiment mißlang, als die Unternehmer die streikbereiten Belegschaften durch großzügigere Angebote für den gesamten Tarifbereich Hessen besänftigten. Als auch der Nachbarbezirk Rheinland-Pfalz regional abschloß, der Betriebsrat der Farbwerke Hoechst ebenfalls drängte, die Arbeitgeberofferte zu akzeptieren, gaben Bezirksleitung und betriebliche Vertrauensleute auf. Die Unternehmer hatten es wieder einmal geschafft, „ihren Konvoi zusammenzuhalten“ (IG-Chemie-Bezirksleiter Hans Schweitzer).

Der Gewerkschaftsapparat sträubte sich freilich selber gegen die Reform der Lohnpolitik. Die IG Chemie hat auf ihrem vorjährigen Bundeskongreß die bezirklichen Tarifkommissionen nur verpflichtet, vor der Entscheidung über die Höhe einer Forderung die Wünsche der betrieblichen Vertrauensleute zur Kenntnis zu nehmen — ohne jedoch die Entscheidungsmacht aus der Hand zu geben.

Auch in der IG Metall fanden noch 1971 auf dem letzten Gewerkschaftstag in Wiesbaden Anträge der Verwaltungsstellen Köln und Düsseldorf keine Mehrheit, die Tarifpolitik betriebsnäher zu verankern und gewählten Vertrauensleuten mehr Macht gegenüber Betriebsräten und Gewerkschaftsführungen einzuräumen.

Bestärkt durch die Metaller-Streiks der vergangenen Wochen rechnen sich die Anhänger eines neuen Stils im Lohnhandel bessere Chancen aus. Reformpromoter Werner Vitt, Angehöriger der linken Garde im SPD-Vorstand und Vizevorstand der IG Chemie, sagt eine harte Strategie der Neuerer voraus: „Das wird nicht ohne Zähneklappern und Auf-die-Pauke-Hauen gehen.“ Die Jusos gar vereinnahmten im nachhinein

die spontanen Ausstände, die sie nicht ausgelöst hatten, als Teil ihrer Systemveränderungsstrategie. Der Juso-Vorstand und Stahlarbeiter Loke Mernizka: „Diese spontanen Arbeitsniederlegungen sind das beste Beispiel dafür, daß nicht nur theoretisiert wird. Jetzt werden wir unsere Ansichten anhand der Konflikte verpraktischen.“

### „Betriebsnahe Tarifpolitik hat nicht nur materielle Vorteile.“

Obwohl in der vergangenen Woche DGB-Vetter und die Mehrheit seiner Landesfürsten in einer geheimen Klausur in der Siegerländer Waldidylle „Winterscheider Mühle“ gemeinsam mit dem bayrischen DGB-Vorsitzenden Wilhelm Rothe eine geharnischte Juso-Schelte veranstalteten, machen sich die Jungsozis weiterhin stark für eine neue Lohnstrategie als Hebel für Korrekturen der kapitalistischen Marktwirtschaft.

„Es kommt darauf an“, so fordern sie in einem derzeit in ihrer Arbeitsgemeinschaft diskutierten Papier, „durch die Arbeit in der Organisation der Lohnabhängigen diese von der gewerkschaftlichen Basis im Betrieb her zu demokratisieren und sie zu wirksamen Instrumenten autonomer Gegenmacht fortzuentwickeln.“ Der Wert der betriebsnahen Tarifpolitik liege „daher nicht nur in den materiellen Vorteilen, sondern vor allem in der Selbstbestimmung der abhängig Beschäftigten über Inhalt und Form der Auseinandersetzungen“.

Auch dem IG-Chemie-Funktionär Vitt sind betriebsnahe Lohnkontrakte allein nicht genug. Er verlangt, die Regierung solle die Kalkulation der Firmen prüfen und auch die Investitions- und Finanzpolitik, vor allem in „transnationalen Unternehmen“ kontrollieren dürfen.

Vitt, der im sogenannten Frankfurter Kreis linker Jung- und Altsozialisten aus allen deutschen Ländern einen Arbeitskreis für Betriebsfragen gründen will, ist überzeugt: „Die Tarifpolitik reicht nicht aus, um die ordnungspolitischen Elemente in den Griff zu bekommen.“

### „Die politischen Folgen haben die Unternehmer zu tragen.“

Daß eine betriebsnahe Lohnpolitik den Arbeitnehmern Vorteile bieten könnte, sehen jedoch nicht nur Systemveränderer. Sie könnte, so überlegt der Nationalökonom Herbert Giersch, Direktor des Kieler Weltwirtschaftsinstituts, die Einkommensverteilung zugun-

sten der Arbeitnehmer verbessern. Denn durch Verhandlungen auf Unternehmensebene könnten vorhandene Lohn-erhöhungsspielräume besser genutzt werden als durch die globalen Tarifrunden, bei denen sich der Lohnsatz stets nach der Finanzkraft der schwächeren Betriebe bemißt.

Ob jedoch ein so erstrittener Verteilungsvorteil vorhält, ist ungewiß. Denn die Unternehmer können versuchen, die gestiegenen Lohnkosten in der nächsten Runde auf die Preise abzuwälzen — falls sie daran gehindert würden, müßten die Arbeitnehmer möglicherweise damit rechnen, daß weniger investiert wird und am Ende ihre Arbeitsplätze in Gefahr geraten.

Jenen Spitzenfunktionären der Gewerkschaften sowie führenden Unternehmervertretern, die eine betriebsnahe Lohnpolitik ablehnen, können nicht pauschal reaktionäre Motive und Eigennutz unterstellt werden. Vor allem die Gewerkschafter fürchten, daß in ertragsschwachen Betrieben die Arbeitnehmer noch mehr benachteiligt würden als bisher.

Drängender als die Tarifpolitik von morgen sind die lohnpolitischen Tages-

▷ die IG Metall kann nur durch einen neuen Tarifvertrag, dem die Arbeitgeber zustimmen müssen, ihre Mitglieder wieder an sich binden und den Gesichtsverlust reparieren.

Sofort zu Beginn des Krefelder Spitzengesprächs machten die Kontrahenten klar, daß eine rasche Einigung nicht zu erwarten ist. Die Arbeitgeber wollten nur über eine tarifliche Lohnerhöhung für das gesamte Bundesgebiet verhandeln, wenn die Gewerkschaft bis zum Abschluß des neuen Vertrages den alten Lohnpakt einhalten würde. Denn dadurch würde die Friedenspflicht nicht erlöschen, ein legalisierter Streik wäre nicht möglich. Gesamtmetall-Vorstandsmitglied Horst Knapp: „Das ist ein Link für uns.“

Die Gewerkschaft hingegen will keinesfalls ohne Streikrecht in Lohnverhandlungen gehen, die zudem für alle Bezirke gesondert geführt werden müßten. IG-Metall-Vize Hans Mayr zu der Knapp-Kondition: „Wer meint, wir würden ohne Streikrecht Tarifverhandlungen führen, muß ein Nachtwandler sein.“

Das Gegenkonzept der Gewerkschaft ist wiederum für Gesamtmetall kaum



Tarifpartner

Handelsblatt

fragen, die Arbeitgeber und IG Metall jetzt bedrücken. Am Freitag trafen sich der Arbeitgeberverband Gesamtmetall und der Vorstand der Metallgewerkschaft im Krefelder Parkhotel, um vorerst die Scherben zu zählen und zu sortieren. Die Ausgangslage ist für beide Seiten denkbar schlecht:

▷ Die Arbeitgeber müssen weitere Streiks mit unvorhersehbaren Folgen befürchten, wenn sie sich weiterhin weigern, den laufenden Tarifvertrag für rechtlich bindende Zusätze zu öffnen;

zu schlucken. Die IG-Metaller forderten den sofortigen Wegfall der Altverträge und neue Verhandlungen in allen Bezirken. Damit würde binnen weniger Wochen der Weg für legale Streiks frei.

Die Gewerkschafter machten den Arbeitgebern sofort deutlich, daß sie notfalls bereit seien, weitere wilde Streiks hinzunehmen. Mayr: „Wenn kein Ergebnis zustande kommt, wird eben Ende des Jahres verhandelt. Wir haben keinen Grund, nach einem Strohhalm zu greifen. Die politischen Folgen haben dann die Unternehmer zu tragen.“